

Europäische Kommission
Directorate-General for Competition, Unit 3
Staid aid registry
1049 Bruxelles/ Brussel

PER EMAIL

Zeichen 101-62302
Gesprächspartner Dirk.Stagge

Telefon + 49 211 91741-6408
Telefax + 49 211 91741-7198
E-Mail Dirk.Stagge@nrwbank.de
Datum 26. September 2019

Referenznummer HT.5224
Konsultation der Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir sehr gerne wahrnehmen.

Wir begrüßen die Anpassungen der AGVO zur Umsetzung von InvestEU sehr!
Dies entspricht unseren langjährigen Forderungen, beihilferechtlich die Abwicklung von EU-Mitteln zu erleichtern, damit die Erreichung der europäischen Ziele nicht durch die Regeln des europäischen Beihilferechts abgeschwächt oder gar behindert wird.
Wir erwarten, dass die neuen Beihilferegelungen den Erfolg des InvestEU nachhaltig unterstützen. Eine Ausweitung der neuen Beihilferegeln für InvestEU auf andere EU-Mittel wie z. B. die Strukturfondsmittel regen wir an.

Unsere Anmerkungen im Einzelnen

Zu Artikel 2 Nummer 173

Wir erkennen keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, warum nationale Förderbanken – wie bisher auch – unter Beachtung der einschlägigen beihilferechtlichen Regelungen und Grundsätze nicht auch Marktmittel einsetzen könnten. Daher plädieren wir dafür, die Definition wie folgt zu ändern:

*173. „Marktmittel“: Mittel von gewerblichen Finanzintermediären und anderen Marktinvestoren (ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse), die einen Erwerbszweck verfolgen, ohne staatliche Garantie das volle Risiko tragen **oder im Rahmen des Market Economy Operator-Test handeln** und von den Endempfängern unabhängig sind. Darunter fallen Mittel von Business Angels, der EIB-Gruppe, EBWE und anderen multilateralen Entwicklungsbanken, ~~nicht aber~~ sowie Mittel nationaler*

...

Förderbanken oder –institute

Alternativ regen wir an, in der Definition des Begriffs „Marktmittel“ die Verbindung zum Artikel 56f aufzunehmen, um so dem von der EU-Kommission geäußerten Umstand Rechnung zu tragen, dass diese Begriffsbestimmung nur für den Artikel 56f Wirkung entfalten soll:

173. „Marktmittel“ *im Sinn des Artikel 56f*: Mittel von gewerblichen Finanzintermediären und anderen Marktinvestoren (ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse), die einen Erwerbszweck verfolgen, ohne staatliche Garantie das volle Risiko tragen und von den Endempfängern unabhängig sind. Darunter fallen Mittel von Business Angels, der EIB-Gruppe, EBWE und anderen multilateralen Entwicklungsbanken, nicht aber Mittel nationaler Förderbanken oder –institute

Zu Artikel 2 Nummer 180

Die vorgeschlagene Definition des sozialen Wohnungsbaus entspricht nicht der Realität in vielen Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Versuch einer europaweit gültigen Definition des sozialen Wohnungsbaus u. E. nicht zielführend. Stattdessen regen wir an, die Merkmale des sozialen Wohnungsbaus zu benennen, die für ihn kennzeichnend sind. Vor diesem Hintergrund schlagen wir folgende Änderung vor, die wir auch in den InvestEU-Leitlinien entsprechend vorschlagen:

180. „soziale Dienstleistungen“: genau festgelegte Dienstleistungen zur Deckung des sozialen Bedarfs im Hinblick auf Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt, den sozialen Wohnungsbau ~~(d. h. Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu beschaffen)~~ sowie die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (im Sinne des Erwägungsgrunds 11 des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission);

180a. „sozialer Wohnungsbau“: i) ist eine regional differenzierte, vom Wohnungsmarkt abhängige finanzielle Förderung eines Objektes, das zum Wohnen bestimmt ist, ii) in dem Menschen wohnen, die unter einem bestimmten zu definierenden Einkommen liegen (welches regionale Unterschiede in der EU berücksichtigt) und iii) welche eine Mietpreis- und Belegungsbindung (Sozialbindung) für einen längeren Zeitraum auslöst, iv) die durch staatliche Stellen kontrolliert wird.

Zu Artikel 6 Absatz 5

Der Nachweis des Anreizeffekts ist schon integraler Bestandteil des Regelwerks zu InvestEU. Daher ist es folgerichtig und prozessökonomisch sinnvoll, auf einen erneuten Nachweis des Anreizeffekts im Rahmen der Beihilfeprüfung auf Grundlage der AGVO zu verzichten.

Zu Artikel 8 Absatz 3

Nach unserem Verständnis müsste der Verweis in Artikel 8 Absatz 3 b), 2. Unterabsatz heißen:

Finanzierungen, die den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds

„InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 gewährt werden, und die dadurch gedeckten Kosten werden bei der Prüfung der Einhaltung der Kumulierungsvorschriften des Absatzes 3, 1. **Unterabsatz** nicht berücksichtigt. Dies wird erreicht, indem zunächst der Nominalbetrag der durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzierung von den gesamten beihilfefähigen Projektkosten abgezogen und anschließend die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags allein auf der Grundlage der gesamten verbleibenden förderfähigen Kosten berechnet wird. Auch der Nominalbetrag der den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellten Finanzierungen wird bei der Prüfung, ob die nach dieser Verordnung geltende Anmeldeschwelle eingehalten wird, nicht berücksichtigt.

Leider hat sich uns die Wirkungsweise des 3. Unterabsatzes nicht erschlossen und sollte klargestellt werden.

Zu Artikel 56d Absatz 1

Für uns ist der eigenständige Regelungsgehalt der Buchstaben a) und b) nicht erkennbar. Soweit ersichtlich beziehen sich alle weiteren Regelungen in den Artikeln 56d bis 56f auf Endempfänger oder Finanzintermediäre. Daher empfehlen wir für den Absatz 1 folgende Formulierung:

1. Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Beihilfen **in Form von:**
a) auf der Grundlage von EU-Garantien im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds „InvestEU“ **oder;**
Finanzprodukten, die durch den Fonds „InvestEU“ unterstützt werden
Beihilfen im Sinne der Buchstaben a oder b, die an Finanzintermediäre oder Endempfänger weitergegeben werden.

Zu Artikel 56d Absatz 4

Hier halten wir die Formulierung für nicht präzise genug und schlagen daher folgende Ergänzung vor:

4. Die in den Artikeln 56e und 56f festgelegten Höchstbeträge gelten für die gesamten ausstehenden Finanzmittel, die für den Endempfänger im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten **je Vorhaben bzw. je Beihilfetatbestand** bereitgestellt werden.

Zu Artikel 56e Absatz 1 Buchstabe a)

Wir begrüßen diesen neuen Ansatz zur Bestimmung des Beihilfewerts bei Darlehen mit festem Zinssatz für InvestEU-unterstützte Förderungen. Wir regen jedoch an, eine Konkretisierung der angeführten Referenzzinssätze vorzunehmen bzw. diese Sätze präziser zu definieren, z. B. für die Euro Mid-Swap-Sätze das tägliche Fixing 11:00h Brüsseler Zeit (ICE SWAP), um hier mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Zu Artikel 56e Absatz 1 Buchstabe b)

Die Möglichkeit, nun beihilferechtlich gerechtfertigt Darlehen mit variablem Zinssatz zumindest für InvestEU-unterstützte Förderungen einsetzen zu können, wird von uns unterstützt. Wir hinterfragen lediglich den gewählten Referenzzins EURIBOR. Ausgelöst durch die Verordnung (EU) 2016/1011 – Benchmark-Verordnung – besteht die Möglichkeit, dass der EURIBOR in Zukunft wegfallen könnte. Wir bitten die EU-Kommission, dies in der AGVO zu berücksichtigen und eine Regelung zur Bestimmung eines angemessenen neuen Referenzzinses zu bestimmen, der an die Stelle des EURIBOR treten kann. Nur so kann eine rechtssichere Anwendung dieser neuen Regelung gewährleistet werden.

Zu Artikel 56e Absatz 11 Buchstabe b)

Die maximale Laufzeit für Darlehen bzw. Darlehensgarantien ist hier auf 10 Jahre begrenzt. Als Förderbank engagieren wir uns in Bereichen, die von den Geschäftsbanken nicht oder nur unzureichend bedient werden. Gerade bei längeren Laufzeiten agieren die Geschäftsbanken sehr zurückhaltend. Im ersten Halbjahr 2019 haben wir als NRW.BANK in unseren beiden großen Darlehensprogrammen für die gewerbliche Förderung insgesamt 619 Millionen Euro an kleine und mittlere Unternehmen vergeben. Davon waren 320 Millionen Euro Darlehen mit einer Laufzeit von über 10 Jahren. Daher bitten wir um eine Erweiterung dieser Regelung auf Laufzeiten über 10 Jahren, um uns auch unter InvestEU mit neuen innovativen Produkten gegen diese suboptimale Marktsituation engagieren zu können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

NRW.BANK



Dirk Stagge



Stefan Müller